

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Heute Grossauflage zum Waffenrecht

www.schweizerzeit.ch | 40. Jahrgang, Nr. 7, Freitag, 12. April 2019

Wehret den Anfängen!

2

Eindrückliches Hilfsprojekt

12

Waffenbesitz ist ein Freiheitsrecht

16



Waffen-Diktat, Rahmenabkommen, Unionsbürgerschaft, EU-Beitritt?

Wehret den Anfängen!

von Werner Salzmann, Nationalrat, Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission, Mülchi BE

Am 19. Mai stimmen wir über die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie ab. Ein unsinniges Anliegen und ein weiterer Schritt in Richtung EU. Anstatt blind der EU zu folgen, müssen wir das Richtige tun.



Kürzlich wurden wir von der Nachricht überrascht, dass die EU die Sommerzeit wieder abschaffen will. Die Schweiz hatte sich seinerzeit gegen die Einführung der Sommerzeit gestellt, zog dann aber unter dem Druck Europas nach. Nun zeigt es sich, dass die damalige Argumentation der Schweiz richtig war. Die Sommerzeit hat nicht den erwünschten Energiespareffekt gebracht, sondern vor allem gesundheitliche Probleme für die Menschen. Trotz der vorgebrachten Bedenken wollte Europa einfach etwas tun. Den Schaden hatte die Bevölkerung.

Ähnliches erleben wir nun beim Waffenrecht. Kein einziges Terror-Attentat wird durch legale Schusswaffen verübt. Dennoch soll nun der legale Waffenbesitz eingeschränkt werden, obwohl dies erwiesenermassen nicht als Antiterrormassnahme wirkt, sondern sogar schaden kann.

Ähnliches erleben wir nun beim Waffenrecht. Kein einziges Terror-Attentat wird durch legale Schusswaffen verübt. Dennoch soll nun der legale Waffenbesitz eingeschränkt werden, obwohl dies erwiesenermassen nicht als Antiterrormassnahme wirkt, sondern sogar schaden kann.

Schutzmechanismen vor staatlicher Willkür

Es gibt drei Schutzmechanismen, die sich quer durch die Geschichte hindurch als wirkungsvoll für die Verhinderung von staatlicher Willkür und von Menschenrechtsverletzungen erwiesen haben: Die Gewaltentrennung, das Recht auf freie Meinungsäusserung und das Recht auf privaten Waffenbesitz.

Diese drei Schutzmechanismen waren in der Schweiz immer sehr gut ausgebaut: Die machtbegrenzende Wirkung der Gewaltentrennung wird durch das Referendums- und Initiativrecht verstärkt. Jeder gesetzestreue, psychisch nicht auffällige Bürger konnte in der Schweiz immer so viele handelsübliche Waffen und Munition dazu kaufen, wie er wollte. Bundesrätin Karin Keller-Sutter musste dennoch an der Pressekonferenz vom 14. Februar, an welcher sie für die Gesetzesverschärfung eintrat, einräumen: «Es gibt in der Schweiz vergleichsweise viele Waffen, trotzdem gibt es kaum Probleme; man staunt in vielen Teilen der Welt darüber.»

Waffenmonopol für den Staat?

Mit der vom Parlament beschlossenen Übernahme der EU-Waffenrichtlinie würde der Erwerb und Besitz von handelsüblichen Waffen grundsätzlich verboten. Für Schützen, die dem Staat ein Bedürfnis zum Besitz einer

Gesellschaft für ein freihelliches Waffenrecht
Société pour un droit libéral sur les armes
Società per un diritto liberale sulle armi

PROTELL

**Geeint sind wir stark.
Unis, nous sommes forts.
Uniti siamo forti.**

Jetzt Mitglied werden!
Inscrivez-vous maintenant!
Iscrivetevi subito!

www.protell.ch/jetzt
www.protell.ch/maintenant
www.protell.ch/subito

☎ 031 312 19 78

Ihr Partner bei
FIRMENGRÜNDUNG

Wir beraten Sie gerne und zeigen Ihnen die betrieblichen und steuerrechtlichen Vor- und Nachteile der einzelnen Gesellschaftsformen (Aktiengesellschaft, GmbH oder Einzelfirma)

- Buchhaltungen
- Steuerberatung
- Jahresabschlüsse
- Revisionen
- Personaladministration
- Vermögensverwaltung
- Unternehmensberatung
- Gesellschaftsgründungen

FIDURA

FIDURA TREUHAND AG
Gotthardstrasse 20, CH-6300 Zug
Tel. +41 41 711 79 32, www.fidura.ch

Geschäftsleitung:
Dr. Hans Durrer, Verwaltungsrat
Roland Arnold, Eidg. dipl. Treuhandexperte

Waffe nachweisen können, verspricht der Bund Ausnahmebewilligungen. Dies würde aber nichts daran ändern, dass der Zugang zu legalen Waffen prinzipiell auf die Organe des Staates beschränkt wird und die Bürger ihr Recht auf Waffenbesitz verlieren. Zudem würde es diese Ausnahmebewilligungen auch für Schützen bald nicht mehr geben. Denn Artikel 17 der EU-Waffenrichtlinie enthält einen Kontroll- und Evaluationsmechanismus, bei dem es sich de facto um einen automatischen Verschärfungsmechanismus handelt.

Schon bei der Erarbeitung der jetzigen Richtlinie konnte der Bundesrat – und zwar gemäss seinen eigenen Angaben – ein ausnahmsloses Verbot für Halbautomaten (also für fast alle Waffen) für Private nur knapp abwenden. Bei der nächsten Verschärfung wird ihm das dementsprechend nicht mehr gelingen. Deshalb bedeutet ein Ja am 19. Mai, dass Sturmgewehre, Pistolen etc. in wenigen Jahren vom Staat eingezogen werden.

Entwaffnung der Bürger

Blicken wir doch einmal kurz nach Venezuela: 2012 verbot der sozialistische Diktator Nicolás Maduro per Gesetz den Waffenbesitz für Private. Im März berichtete die NZZ über das Treiben von Maduros Schergen wie folgt: «Die gefürchteten Colectivos tauchten etwas später auf. Dabei gingen sie äusserst repressiv vor: Auf Motorrädern hätten sie Runden gedreht, hätten pausenlos geschossen, Anwohner verprügelt, be-

Churz & Bündig

Belehrungsdoktrin zur Verhinderung weiteren Klimawandels: Das ist das neueste Hobby des Tages-Anzeiger-Magazins. Zwecks Klimaretterei sei der Menschheit u.a. Folgendes zu verbieten: Bücher anzuschaffen, Carfahrten zu unternehmen, warm zu duschen oder zu baden, gut zu verdienen, Elektrovelo zu fahren, zu fliegen, Haustiere zu halten, zu heizen, Kaffee zu trinken, Kinder zu zeugen, Männer zu tolerieren, durch Wälder zu joggen und Wein zu trinken.

Kein einziges Wort fällt dem Tages-Anzeiger Klimawandel-Stopp-Funktionär dagegen ein zum Stichwort «Masseneinwanderung». Sicher deshalb, weil dieser rot-grüne Propagandist uns weismachen will, dass die 800'000 zugewanderten Mehreinwohner der Schweiz bis heute nie Bücher angeschafft, nie Car gefahren, nie warm geduscht oder gebadet, nie gut verdient, nie mit dem Elektrovelo gefahren, nie geflogen, nie Haustiere gehalten, nie geheizt, nie Kaffee getrunken, nie Kinder gezeugt, nie Männer toleriert, nie durch Wälder gejoggt und nie Wein getrunken haben. Da er auch künftigen Häuserbau möglichst verbieten möchte, wird der Tamedia-Mann demnächst wohl zur Verteilung von Zelten oder Zuteilung von Höhlen an die Einwanderer aufrufen.

us

Fortsetzung auf Seite 4

Schützen ohne Gewehr –
Freiheit ohne Gewähr
cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl



stohlen, beleidigt und seien in Häuser eingebrochen ... Im Internet zirkulierende Handyaufnahmen geben einen Eindruck davon.» Natürlich müssen wir in der Schweiz keine derartigen Zustände befürchten. Aber das Beispiel Venezuela zeigt, was passieren kann, wenn der Staat seine Bürger entwaffnet.

Kündigungsdrohung – eine pure Angstmacherei

Der einzige Grund, warum sich im Parlament eine Mehrheit für die vorliegende Gesetzesrevision ausgesprochen hat, ist eine regelrechte Hysterie bezüglich Schengen. Seitdem wir Anfang Oktober begonnen hatten, Unterschriften für das Referendum zu sammeln, warnten die Befürworter des neuen Waffengesetzes tagein, tagaus vor den angeblich hochdramatischen Folgen eines Ausschlusses der Schweiz aus dem Schengen-Raum. Bis heute haben sie aber noch nicht einmal den Ansatz einer Erklärung geliefert, warum eine Kündigung des Schengen-Abkommens überhaupt im Interesse der EU sein sollte. Stattdessen verbreiten sie die Falschbehauptung, ein Nein am 19. Mai führe automatisch zur Kündigung des Abkommens.

Die Schweiz ist seit 2006 Schengen-Mitglied mit dem Ziel, trotz offener Grenzen innerhalb der EU durch eine verstärkte europäische Zusammenarbeit für mehr Sicherheit und eine koordinierte Abwicklung der Asylverfahren zu sorgen. Die Schengen-Aussengrenzen sind allerdings bisher längst nicht so gut gesichert wie versprochen, die Folge sind mehr Kriminaltourismus und eine wachsende Gefahr durch potentielle Terroristen.

Der Bundesrat droht bei einer Nichtannahme der Vorlage durch das Volk, dass die Schweiz aus dem Schengen- und Dublin-Abkommen geworfen werde. Das ist eine reine Angstmacherei, denn die Schengenstaaten haben zweifellos kein Interesse daran, aus der Schweiz einen weissen Fleck ohne kriminaltechnischen Datenaustausch mitten im Schengenraum zu machen. Ebenso hat die EU absolut kein Interesse, dass die über 300'000 Grenzgänger an der Grenze wieder kontrolliert werden – auch auf die jährlich über 100 Millionen Franken aus der Schweiz will Brüssel nicht ver-

Dreimal Nein zum EU-Waffendiktat

- Unser Schiesswesen würde «Salamirädchen» um «Salamirädchen» zerstört. Es kann nicht sein, dass das Sturmgewehr 90 zur verbotenen Waffe gestempelt wird.
- Das EU-Waffendiktat bedroht das Bündnis von Schützen und Soldaten. Die Schützen haben 1993 zum Sieg des F/A-18 beigetragen, sie haben dem Waffenplatz Neuchlen zum Durchbruch verholfen, und sie haben 2013 das «Gewehr im Schrank» gerettet.
- Die EU-Gewaltigen sind die Letzten, die uns zu sagen haben, wie wir mit Waffen umgehen. Ihnen fehlt jede demokratische Legitimation. Sie haben stets versagt – beim Griechenland-Debakel, in der Finanz- und Flüchtlingskrise, beim Trauerspiel um den Brexit. Im Moloch EU, der jeden, der «unbotmässig» Widerstand leistet, erpresst, drangsaliert, demütigt und in die Knie zu zwingen versucht, haben wir als Willensnation nichts zu suchen. Brüssel soll uns nicht befehlen, wie wir Waffen handhaben. Nicht ein einziges Attentat verhindert das EU-Diktat!

Peter Forster, Salenstein

zichten. Wir brauchen ein Nein also überhaupt nicht zu fürchten.

Das Richtige tun

Stattdessen müssen wir das Richtige tun. Die Übernahme der Waffenrichtlinie wäre ein weiterer Schritt in Richtung EU-Anbindung und EU-Beitritt. Das Rahmenabkommen steht bereits vor der Tür. Statt selbstständig zu denken und zu handeln, laufen wir Gefahr, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen, ohne die Folgen zu bedenken.

Wir wollen weder entmündigte Bürger noch die Unionsbürgerschaft – weder tiefere Löhne noch höhere Mehrwertsteuern. Sagen Sie darum am 19. Mai Nein zu dieser schlechten Vorlage!

Werner Salzmann



Wo die Welt am schönsten ist. Treffpunkt für junge und jung gebliebene Eidgenossen im Sommer und Winter.

CHALET – RESTAURANT BODENWALD

Bodenstrasse 4
CH-3818 Grindelwald
Tel. +41(0) 33 853 12 42 Fax + 41(0) 33 853 50 42
Internet: www.bodenwald.ch E-mail: chalet@bodenwald.ch



Après-Ski Quicky-Bar Bodenwald

Auch mit dem Auto erreichbar.
Die Talstationen Grund und Männlichen sind nur zwei Minuten von der Bar entfernt.
Talabfahrt Nr. 3 und Nr. 21

Herr Rebord irrt sich

Im Teletext des Schweizer Fernsehens vom 5. April hat der abtretende Chef der Armee (CdA), Korpskommandant Rebord, zu seiner Nachfolge festgestellt, es müsse jemand aus der Armeeführung sein, «nur solche Kandidaten haben den Überblick». Mit Verlaub: Wie oft wählen Grosskonzerne auswärtige Manager an ihre Spitze in der Überzeugung, dass Führungskompetenz und kritisches Urteilsvermögen besser sind als Insider-Blindheit und Insider-Abhängigkeiten. Und zum «Überblick», den Herr Rebord ins Feld führt: Seine «Vorgänger mit Überblick» haben die Fehlentwicklung der «Armee XXI» durchgeboxt und den unmöglichen «Entwicklungsschritt 08/11» realisiert. Gleiches könnte man sagen von der «WEA», die – trotz einiger positiver Ansätze – alles andere als verfassungskonform ist.

Ich zitiere aus dem entsprechenden Gutachten von Prof. Dr. Dietrich Schindler vom 14. April 1999 zum Thema «Miliz»: Art. 58 Abs. 1 BV verlangt, dass das Milizprinzip die Regel, Abweichungen davon die Ausnahme sind. (...) Ein weiteres verfassungsrechtliches Merkmal ist die Tatsache, dass die militärischen Formationen durch Milizkader – nicht durch Berufsoffiziere – geführt werden. Dadurch unterscheidet sich das schweizerische Milizsystem von den Wehrpflichtarmeen. Professor Dr. Rainer J. Schweizer vertritt in seinem Gutachten vom 23. August 2010 dieselbe Auffassung.

Warum wird es beinahe unmöglich, einen CdA «von auswärts» zu holen? Weil die «Armee XXI» die Miliz auf verfassungsverletzende Art entmacht hat und ein Einstieg in eine höhere Funktion für einen Milizoffizier kaum mehr möglich ist, obwohl auch Vertreter aus der Miliz eine solche Funktion wirksam wahrnehmen könnten. Zwei meiner Vorgänger im Korpskommando kamen aus der Miliz. Ich war der dritte (und bis heute letzte) in der Reihe. Wir haben unsere Aufgabe auf dieser Stufe nicht schlechter gemeistert als unsere Kameraden aus dem Profi-Bereich. Ergo: Milizler könnten diese Funktionen problemlos wahrnehmen. Nur wird ihnen der Zugang dazu de facto durch das System verwehrt. Der «klare Blick» wurde ersetzt durch den «internen Überblick».

Korpskommandant aD Simon Kuchler, Steinen



Ihr Inserat

in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
 Inserate-Akquise
 SVP-Delegierter
 AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
 markus.rezzonico@dietschi.ch

Schisshasen-Diktat



Zahllose Touristen, jedes Jahr auch zehntausende aus EU-Ländern, besuchen die Schweiz – wegen ihrer Schönheiten. Sie schätzen aber auch die sprichwörtliche Sicherheit in unserem Land.

Erfährt ein Tourist, wie Sicherheit im Rahmen der Schweizer Miliz gewährleistet wird, staunt er: Wehrmänner sind Mitverantwortliche von Sicherheit. Sie haben deshalb ihre Waffe zu Hause. In Spannungszeiten sogar mit Munition. Dafür fahren Regierungsmitglieder, Bundesräte wie «gewöhnliche» Bürger in Tram und Zug ohne Leibwache. Unfassbar für Brüsseler Bürokraten. Für sie sind Waffenträger Terroristen.

Dass dies im Blick auf die Schweizer Wehrtradition Unsinn ist, weiss hier zwar jeder. Aber niemand zu Bundesbern hat den Mut, dies Brüssel offen mitzuteilen: Die Schweiz trägt jede Terrorbekämpfung aktiv mit. Aber Schweizer Schützen sind keine Terroristen! Sie gewährleisten Sicherheit im Rahmen unserer Miliz-Organisation. Das gegen Terroristen gerichtete Brüsseler Entwaffnungsdiktat hat mit unserer in Miliztradition gewährleisteten Sicherheit nichts zu tun!

Statt dies festzuhalten, jammert Bundesbern, die Schweiz würde aus dem Schengen-Sicherheitsverbund ausgeschlossen, wenn sie die EU-Waffenrichtlinie nicht übernehme. Polen und Tschechien, beides EU-Mitglieder, übernehmen sie nicht. Sind sie deswegen aus Schengen hinausgeflogen? Quatsch! Quatsch! Und nochmals Quatsch! Nur die knieschlatternd vor Brüssel kriechenden Bundesberner mit Economiesuisse im Schlepptau beschwören solch wirklichkeitsfremden Unsinn.

Dafür behaupten sie: Für Schützen ändere sich unter dem EU-Entwaffnungsdiktat «gar nichts». Wirklich? Unter EU-Diktat müsste sich jeder Schütze als «Waffenträger» elektronisch und europaweit einsehbar registrieren lassen – im gleichen Register, wo jeder Terrorverdächtige registriert ist. Gerät der Schweizer Schütze irgendwo in eine Personenkontrolle, wird er als Waffenträger und damit Terrorverdächtiger sofort peinlichster Spezial-Untersuchung unterworfen – nur weil er in der Schweiz als Bürger Mitverantwortung trägt für die Sicherheit.

Berner Bürokraten bezeichnen solch widerwärtige Schikane als «nichts». In Ihrer Brüssel-Hörigkeit scheinen ihnen die wahren Schweizer immer fremder zu werden.

Ulrich Schlüer

Spalte
rechts

Ihr Immobilientraum?



5 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhaus
8127 **Forch-Küsnacht**, R. Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis 2'395'200.- Bezug nach Vereinbarung
www.ufdeforch.ch



4 ½ - 6 ½ Zi. Doppel-Reihen-Einfamilienhäuser
8414 **Buch am Irchel**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis ab 895'000.-, Bezug ab Frühling 2020
www.wilerbuch.ch



3 Zi. und 4 Zimmer Mietwohnung
8708 **Männedorf**, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Miete ab 2'500.- p/Mt. exkl NK, Bezug nach Vereinb.
www.loft-neugut.ch



4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8152 **Glattbrugg**, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.glattwies.ch



4 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8413 **Neftenbach**, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.soonbylepa.ch



4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen, Eckhaus
8118 **Pfaffhausen**, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis ab 1'140'000.-, Bezug ab Sommer 2020
www.luckenholz.ch



4 ½ und 5 ½ Zi. Wohnungen, 2 DEFH
8332 **Rumlikon**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis ab 880'000.-, Bezug ab Frühling 2020
www.grueens-doerfli.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8545 **Rickenbach**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
Standort: www.soonbylepa.ch



5 ½ Zi. Maisonette-Eigentumswohnungen
8135 **Langnau a. Albis**, M. Knecht Tel. 044 804 34 34
Preis 1'765'000.-, Bezug nach Vereinbarung
www.bellesterrasses.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8953 **Dietikon**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.duo-dietikon.ch



5 ½ und 6 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhäuser
8913 **Ottenbach**, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.soonbylepa.ch



4 ½ Zi. Eigentumswohnung
8143 **Stallikon**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis 950'000.-, Bezug nach Vereinbarung
www.zuerikon.ch



4 ½ Zi. Atriumhäuser und 3 ½ - 5 ½ Zi. Wohnungen
8302 **Kloten**, Kevin Braunwalder Tel. 043 255 88 88
Preis ab 935'000.-, Bezug ab Winter 2020
www.panoramaweg-kloten.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8404 **Stadel/Winterthur**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
Standort: www.soonbylepa.ch



4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8484 **Weisslingen**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.paradislig.ch



4 ½ - 6 ½ Terrassenwohnungen
8103 **Unterengstringen**, R. Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.sparrenberg.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8127 **Aesch-Maur**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
Standort: www.soonbylepa.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8493 **Saland**, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis ab 495'000.-, Bezug ab Sommer 2020
www.ammuelibach.ch



5 ½ Zi. Einfamilienhäuser
8458 **Dorf**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.soonbylepa.ch



**Haben Sie ein Grundstück auf dem
Immobilienträume verwirklicht
werden können?**



3 ½ und 5 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8615 **Wermatswil**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.leuberg.ch

Melden Sie sich bei unserem Chef 
ulrich.koller@lerchpartner.ch oder
per Telefon 052 235 80 00.



4 ½ Zi. Attika-Terrassenhaus
8309 **Birchwil**, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis 2'040'000.-, Bezug ab Winter 2019/20
www.mira-birchwil.ch

Lerch&Partner
ENERGALUNTERNEHMUNG AG
LerchPartner.

You Tube

Zürcherstrasse 124 Postfach 322
8406 Winterthur
Telefon 052 / 235 80 00


**EIGENHEIM
MESSE
SCHWEIZ**

Wir nehmen an den folgenden
Immobilienmessen teil:

SVIT Immobilien-Messe in Zürich
29. - 31. März 2019, Lake Side Zürich

Eigenheimmesse Schweiz in Zürich
5. - 8. Sept. 2019, Messe Zürich, Halle 6

Stand März 2019

Truppenverschiebungen durch Europa inklusive Schweiz?

«Military-Schengen»

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Muss die Schweiz «Military-Schengen» – die rasche Verschiebung von Truppen ohne verzögernde Zollformalitäten durch europäische Staaten – ebenfalls übernehmen?



1990 ratifiziert Deutschland Schengen II. Im gleichen Jahr entscheidet der deutsche Verteidigungsminister «auf Grund der geänderten Lage in Europa und des begonnenen deutschen Einigungsprozesses im Einvernehmen mit den NATO-Befehlshabern», an der innerdeutschen Grenze keine neuen Sperranlagen vorhanden. Sperranlagen dieser strategischen Kampfinfrastrukturen mit starker dissuasiver Wirkung werden in der Folge abgebaut. 1995 tritt Österreich dem Schengen-Raum bei. Schon im nächsten Jahr erfolgt der «Befehl Desarmierung». Dazu schreibt der letzte Planer der baulichen Landesverteidigung des Militärkommandos Salzburg: «Was Jahrzehnte lang mit grosser Hingebung und persönlichem Einsatz aufgebaut worden ist, wurde zunichte gemacht. Das Raumverteidigungskonzept existiert nur mehr in der Erinnerung.»

100–150 Sprengobjekte pro Jahr abgebaut

2004 tritt die Schweiz dem Schengen-Raum bei. Sofort beginnt auch hier die Desarmierung: Verfügte die Armee 95 noch über 1200 Sperrstellen mit Sprengobjekten, so werden ab 2004 pro Jahr 100–150 Sprengobjekte in Brücken, Tunnels und Strassen im Mittelland und in den Alpen abgebaut. «Der Abbau wurde Ende November 2014 abgeschlossen», vermeldet der Bundesrat. Ab 2019 werden zudem die über 100 modernen Festungsminenwerfer, welche zum Schutz unserer strategischen Transit-Achsen, Alpenübergänge und Grenzräume optimal verteilt sind, liquidiert. «Es existiert keine Vereinbarung zwischen der Schweiz und der EU, nach welcher die Schweiz verpflicht-

et wäre, diese Sprengobjekte aus dem Nationalstrassennetz zu entfernen», entgegnet der Bundesrat kritischen Geistern. Das mag sein. Nur: Wem nützt eine derart entwaffnete Schweiz?

Freie Fahrt für Armeen in Europa?

Im Schengen-Raum existieren die Grenzen zwischen europäischen Staaten mittlerweile nur noch auf Landkarten. Bedeutet Schengen also auch «freie Fahrt für Armeen in Europa»? Für Nato-General Hodges ist das so, und er verlangt: «Die rasche Verschiebung von US-Truppen samt Fahrzeugen und Munition soll ohne verzögernde Zollformalitäten durch europäische Staaten erfolgen» können. Dies auch direkt durch die Schweiz. Die Europäische Kommission ihrerseits erklärt 2017 in einer Pressemitteilung, man habe sich «entschlossen, die militärische Mobilität zwischen den EU-Mitgliedstaaten und in Zusammenarbeit mit der NATO weiter zu stärken». Und der Staatssender ORF weiss, dass die geplante Vereinfachung der Militärtransporte alle EU-Staaten umfassen solle, «unabhängig davon, ob diese neutral seien oder nicht.»

Übernahme von «Military-Schengen»

Es ist nicht klar, ob die komplette Desarmierung des Schweizer Sprengdispositivs und der Sperrstellen mit Schengen zusammenhängt. Aber da die Schweiz ohne Festungsminenwerfer und Festungsartillerie, ohne Sprengobjekte, Hindernisse und Sperrungen mittlerweile strategisch fast komplett entwaffnet ist, dürfte es nur eine Frage der Zeit sein, bis unser Land unter Druck kommt, auch «Military-Schengen» zu übernehmen. Dies wäre ein Verrat an der bewaffneten Neutralität. Auch aus diesem Grund lohnt es sich, zum verschärften EU-Schengen-Waffenrecht am 19. Mai Nein zu sagen.

Hermann Lei



safe4u
ALARMANLAGEN
MADE IN GERMANY

Vorteile der neuen safe4u 365pro Alarmanlage:

- Einfache Inbetriebnahme, sofort einsatzbereit
- Ohne WLAN/Funk, zertifiziert strahlungsfrei
- Ohne Montage und bauliche Massnahmen
- Zuverlässige Absicherung bis 800m2
- Ohne Folgekosten, Service-Abo, Wartung etc.



www.safe4u.ch
Wir beraten Sie gerne:
alexander.haring@safe4u.ch
christoph.ziegler@safe4u.ch



A. Haring
079/822 93 75



Ch. Ziegler
076/389 02 15

Die Revolution im Einbruchschutz



Beugen Sie jetzt vor!

Testen Sie die neue safe4u Alarmanlage, kostenlos - direkt bei Ihnen zu Hause!

Leserbriefe

Klimahysterie unterstützt Grüne

Der einzige wirklich erfolgreiche Weg im Umwelt- und Klimaschutz führt neben dem technischen Fortschritt über eine geringere Bevölkerungszahl bzw. Zuwanderung. Bleiben wir realistisch bezüglich Beitrag der Schweiz zum globalen Klimaschutz, der sich im Promillebereich bewegt. Die hauptsächlich von den Medien gepuschte Klimahysterie ist eine verdeckte Wahlkampagne für die Grünen.

Alex Schneider, Küttigen

Ungarn – seit Jahrhunderten unterdrückt

Ungarn wurde durch die Habsburger jahrhundertlang unterdrückt und ausgebeutet, dann waren die Franzosen an der Reihe, welche die Ungarn nach dem 1. Weltkrieg liquidieren wollten, dann kamen Hitler, Stalin und jetzt Merkel/EU. Heute dringt die Empörungsgeste gegen die Politik Orbáns auch in den Schweizer Nationalratsaal: Viele Linke, die Ungarn nur von Hörensagen kennen, verliessen den Saal, als der demokratisch gewählte ungarische Parlamentspräsident begrüsst wurde. Die Medien berichten oft nur Negatives über Ungarn, weil die ungarische Regierung die unkontrollierte Masseneinwanderung ablehnt. Orbán und das ungarische Volk (laut einer Befragung 87 Prozent!) wollen keine schwedischen, französischen oder belgischen Zustände. Darum ist Ungarn das wohl sicherste Land der Welt. Zudem hat die ungarische Regierung in vorbildlicher Weise das Gesundheitssystem verbessert. Es stimmt, dass der vom Staat finanzierte TV-Sender das Sprachrohr der Regierung ist. Aber zu behaupten, dass der Sender «häufig handfeste Lügen» verbreite, ist unwahr und eine Frechheit. Zudem gibt es in Ungarn etwa gleich viele linksorientierte TV-Anstalten wie Mitte-rechts orientierte Sender. Ministerpräsident Orbán wird von der EU hauptsächlich angegriffen, weil er die Wahrheit ausspricht und konsequent die Interessen des ungarischen Volkes vertritt.

Miklòs Missura, ehem. Kantonsschullehrer, Glarus

Ein Blick zurück

Der perfide Schlag der französischen Justiz gegen die UBS mit dem politisch eingefärbten Urteil weckt ungu-

te Erinnerungen. Ein Blick in die Geschichte lohnt sich. In der Campagne d'Helvétie besetzte die 1. Französische Republik vom Januar 1798 bis Mai 1799 die Alte Eidgenossenschaft, brandschatzte und raubte die gut dotierte Berner Staatskasse. Nach dem Krieg gelang es dem listigen Gottlieb von Jenner, Teile des Berner Staatsschatzes zurückzuholen. Es ist zu hoffen, dass es im aktuellen politisch gefärbten französischen Gerichtsfall und dem Weiterzug an höhere Instanzen auch heute noch standhafte von Jenners gibt. Wer sich einmal erpressen lässt, wird immer wieder erpresst. Es ist zu hinterfragen, ob die französische Justiz auch ein derart politisches Urteil gegen eine amerikanische oder französische Bank gefällt hätte. Im Übrigen ist der Schweizer Finanzplatz nicht zum ersten Mal mit Milliarden abgestraft worden. Die USA und der World Jewish Congress haben es Ende der 90er Jahre vorgemacht. Bis heute ist der Schweizer Finanzplatz mit insgesamt über 17 Milliarden an Bussen abgestraft worden.

Roger E. Schärer, Feldmeilen

Fakten statt Ideologie

Hermann Lei hat in der «Schweizerzeit» Nr. 6 in verdienstvoller und unaufgeregter Weise über den steten Wechsel des Klimas berichtet. Leider werden seine Erklärungen von den Umwelt- und Klima-Ideologen nicht zur Kenntnis genommen, denn Ideologen fühlen sich immer im Recht. Würden mehr Verantwortliche Dürrenmatts Aussage «Ideologie ist Ordnung – auf Kosten des Weiterdenkens» in ihrem Denken mitberücksichtigen, gäbe es kaum «klimatische Fehlschlüsse».

Martin J. Fischer, Küsnacht

Wolf im Schafspelz

Das neue Waffengesetz ist ein Wolf im Schafspelz. Gemäss den EU-Waffenrichtlinien, Art. 17, wird alle fünf Jahre eine «Überprüfung» stattfinden. Es muss befürchtet werden, dass dies zu einer weiteren Verschärfung führt. Das Ganze wird in einem grundsätzlichen Verbot des privaten Waffenbesitzes – in einer schleichenden Entwaffnung der Schützen, der Jäger und der Schweizer Bürgerinnen und Bürger enden. Daher stimme ich am 19. Mai Nein zur Revision des Waffengesetzes.

Mario Salis, St. Moritz

Tischuntergestelle in Schweizer Qualität



Maurer AG, Emmentalstrasse 58, 3432 Lützelflüh
 Telefon 034 461 3970
 www.maurer-metalltechnik.ch info@maurer-metalltechnik.ch

Frühjahrsangebot bis April 2019

Maler-/Gipsarbeiten sowie Hauswartungen und Verwaltung, Domiziladressen, Firmengründungen etc. in der ganzen Schweiz event. mit 100% WIR

Fassaden: CHF 25.50/m² Gerüst: CHF 14.50/m²

Einmalige Aktion: 3-Zimmer-Wohnung weiss streichen CHF 3000.–

Sämtliche Arbeiten mit Garantie

Hr. Bärtschiger, 079 628 18 49

Eure Rede aber...



... sei: Ja, ja oder Nein, nein. Was darüber ist, das ist von Übel (Matthäus 5,36). Dieser Satz steht in der Bergpredigt, hat Äonen überdauert.

Thematischer Kontrapunkt: Eine Gruppe «hochrangiger» Schweizer Aussenpolitiker entwirft derzeit einen eher verwegenen Plan bezüglich des EU-Rahmenabkommens. Dieses soll gemäss EU-Forderung bis im Juli im Entwurf unterschrieben sein. Ansonsten, so die EU-Drohung, sanktioniere man uns mit EU-Retorsionsmassnahmen, wie z.B. Ausschluss der Schweizer Börse aus dem EU-Finanzmarkt.

Die irritierende Idee besagter Aussenpolitiker: Bundesrat Cassis soll gegenüber der EU zwar Ja sagen, aber Nein meinen! Wie bitte? Indem er den Vorentwurf zum Rahmenabkommen mit der EU bereits im Juni unterschreibt, einen Monat vor Ablauf der uns gesetzten Frist, um dann erst später die wahren Schweizer Forderungen gegenüber der EU vor- und durchzubringen.

Ersonnen haben das gedankliche Konstrukt die Nationalräte Hans-Peter Portmann (FDP), Christa Mark-

walder (FDP), Eric Nussbaumer (SP) sowie Kathy Riklin (CVP). Die Grundidee: Aussenminister Cassis sei vom Bundesrat zu ermächtigen, gegenüber der EU zum Schein eine halbherzige Akzeptanz der EU-Bedingungen zu bestätigen – in der wahren, aber verschleierte Absicht, die EU vorgängig ruhig zu stellen, um erst später das Optimum für die Schweiz herauszuholen.

Oh Himmelpflicht! Denn Logik ist Wachs in ihren Händen: Die Aussenpolitiker-Koalition übersieht, dass ein nachträgliches Einbringen von Schweizer Forderungen definitiv zu spät kommt, wenn bereits ein Monat vor Ablauf der EU-Frist ein Vorausvertrag unterschrieben wurde.

Merke: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben! Nebenbei: Was soll das einfältige Täuschungsmanöver, das von der EU mit Leichtigkeit als solches erkannt und abgelehnt würde und uns moralisch erst noch diskreditiert? Da halten wir uns lieber an Matthäus, siehe oben: «Deine Rede sei Ja, ja oder Nein, nein!» Hier also ein klares Nein! Mehr wäre von Übel. Steht auch so bei Matthäus.

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch



Willkommen im Restaurant Kleefeld!

Das Restaurant Kleefeld ist der beliebte Treff in Bern-Bümpliz und das Stammlokal der Samariter.

Gerne verwöhnen wir Sie mit zahlreichen köstlichen Spezialitäten aus gut bürgerlicher Küche!

Täglich servieren wir Ihnen zwei Tagesmenüs inkl. Tagessuppe oder Salat zum Preis von Fr. 16.50 und Fr. 17.50, sowie den «Wuche-Hit» für Fr. 25.50.

Für Gruppen bieten wir auch ein feines Käse-Fondue oder Fondue Chinoise an.

Unser vielseitiges Lokal mit grosszügiger Gaststube, Pavillon, gemütlichem Bistro / Tea-Room, Raucher-Bar und Sommer-Terrasse lädt zum Verweilen ein. Wir verfügen über einen geräumigen Saal (unterteilbar in zwei Räume), der ideal ist für Ihre Feier, Seminare, Geschäftsessen, Referate, Familienfeste, etc. Gerne unterstützen wir Sie bei der Planung Ihres Anlasses.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Nationalrat Erich Hess und das «Kleefeld» Team!



Besuchen Sie das Restaurant Kleefeld, das Stammlokal der Berner Samariter, und erhalten Sie ein Gratis-Jasskarten-Sei*!

*französisches Blatt, solange Vorrat



Gutschein
für 1 Gratis-Jasskarten-Sei*
*französisches Blatt, solange Vorrat

Restaurant
Kleefeld

Mädergutstrasse 5
3018 Bern-Bümpliz
031 981 14 10
info@rest-kleefeld.ch

www.rest-kleefeld.ch

Unsere Öffnungszeiten:
Dienstag bis Samstag: 9.00 bis 22.30 Uhr
Sonntag und Montag: Ruhetag

Gratis-Parkplätze vorhanden
(Einstellhalle)



EINLADUNG



Mitgliederversammlung der AUNS
Samstag, 4. Mai 2019, 10.30 Uhr,
Mehrzweckhalle Kaserne Bern
 (Papiermühlestr. 13C,
 3014 Bern)

AUNS
ASIN
ASNI

Schweiz und Europäische Union: wie weiter?» Unsere Gäste ab 13.45 Uhr



Micheline Calmy-Rey

Mitglied SP, Bundesrätin und Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) von 2003 bis 2011



Monika Rühl

Vorsitzende der Geschäftsleitung economiesuisse, Generalsekretärin WBF von 2011-2014



Hans-Peter Portmann

Nationalrat, Mitglied FDP ZH, Bankdirektor



Roger Köppel

Nationalrat, Mitglied SVP ZH, Verleger und Chefredaktor Weltwoche



Dr. Christoph Blocher

Mitglied SVP, Bundesrat von 2004 bis 2007 Nationalrat von 1979 bis 2003, Unternehmer AUNS-Gründungspräsident



Bestellen Sie jetzt
 Ihr persönliches
 «gilet rouge»



19. Mai 2019 Wir stimmen NEIN zum nutzlosen EU-Waffen-Befehl.

Demokratie lässt sich
 weder einschüchtern
 noch bedrohen.



AUNS
ASIN
ASNI

AUNS, Postfach, 3000 Bern 31
 Tel. 031 356 27 27

www.auns.ch, www.gilets-rouges.ch

Jetzt AUNS Mitglied werden!

Irreführungen durch Bundesbern als «Regel»

Anpasser und Bequeme stoppen!

von Werner Gartenmann, Auns-Geschäftsführer, Matten b. Interlaken

Bei der Abstimmung zur Übernahme von EU-Recht ins Schweizer Waffengesetz geht es um grundsätzliche Fragen: Lassen wir uns weiterhin in die Irre führen? Soll die Direkte Demokratie schrittweise einer von aussen gelenkten «08/15-Parlamentdemokratie» weichen?



2005 haben die Stimmbürger dem Schengen-Beitritt zugestimmt. Im Abstimmungsbüchlein stand verharmlosend: «Der Bundesrat ist den Anliegen der Waffen- und Schützenverbände entgegengekommen. Notwendig sind aber Mindestregeln gegen den Waffenmissbrauch. Es ist gerechtfertigt, dass der Waffenerwerb unter Privaten

den gleichen Bedingungen unterliegt, die bereits für den kommerziellen Handel gelten.» Zusätzlich versprach er: «Die Kosten von Schengen und Dublin belaufen sich auf durchschnittlich 7,4 Millionen Franken pro Jahr.» Bereits 2012 recherchierte der Tages-Anzeiger: «Die Kosten der Schweizer Beteiligung an Schengen sind 14-mal höher, als der Bundesrat im Juni 2005 im Abstimmungsbüchlein versprochen hatte. Nächstes Jahr wird die 100 Millionen-Grenze überschritten.» Und bereits stimmen wir über eine weitere Verschärfung des Waffenrechts ab.

Irreführung Waffengesetz

Im Abstimmungsbüchlein für den 19. Mai 2019 beschwichtigt der Bundesrat: «Die Einwohnerinnen und Einwohner vor Waffengewalt schützen: Das ist das Ziel des Schweizer Waffenrechts. Dabei wird nie vergessen, dass unser Schiesswesen eine lange Tradition hat, die bewahrt werden soll. Die vorliegende Teilrevision des Waffengesetzes ist auf der Linie dieser Politik.» Wer das Büchlein genau studiert, begegnet einer langen Verbotsliste, verpackt in schmeichelnder Polit-Watte der Marke «Halb-so-schlimm» – wie 2005. In fünf Jahren wird der EU-Vogt weitere Entmündigungs-Akte diktieren. Im Abstimmungsbüchlein wird dann wieder verführt, genötigt, erpresst, betrogen.

Irreführung Personenfreizügigkeit

Vor der Abstimmung über die EU-Personenfreizügigkeit sprach der Bundesrat von einer Einwanderung von maximal 10'000 Personen pro Jahr. Die Zahl wurde nie erreicht – auf diesem tiefen Niveau! Seit der Inkraftsetzung der Freizügigkeit beträgt die durchschnittliche Jahreszuwanderung 74'000 Personen. 2018 kamen 55'000 Personen. Die EU-geglätteten Medien beschwichtigen: «Damit würde der Jahresdurchschnitt seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit erneut klar unterschritten» (Tagblatt, 10.1.2019). Eine weitere Irreführung liegt in der Warteschlange: Der für den Bundesrat «nicht rechtsverbindliche» UNO-Migrationspakt zur Realisierung der weltweiten Personenfreizügigkeit.

Irreführung Kohäsionsmilliarde

Bundesbern will weitere 1,4 Milliarden Franken an die EU überweisen und betont, die Schweiz zahle autonom. Für die EU aber sind die Zahlungen das «Ticket» für den EU-Binnenmarkt. In der Präambel des Rahmenabkommens mit der EU steht klipp und klar, die Milliarden seien die Bedingung für den Zugang zum EU-Binnenmarkt. Von «autonom» kann keine Rede sein. Die Schweiz wird eine erpressbare Tributzahlerin.

Irreführung Schiedsgericht

Für EU-Anschlusspolitiker ein Verhandlungserfolg: Bei Streitigkeiten soll laut Rahmenabkommen ein paritätisch zusammengesetztes Schiedsgericht (CH/EU/Drittstaat) entscheiden. Aber die von der Schweiz mit Brüssel abgeschlossenen Binnenmarktzugangsabkommen übernehmen EU-Recht. Und dieses Recht legt ausnahmslos der EU-Gerichtshof aus – Schiedsgericht hin oder her.

Das Nein stoppt die grösste Irreführung

Bei EU-politischen Abstimmungen habe das Volk stets das letzte Wort, wird beschwichtigt. Die Warnung folgt: Wer nicht der EU gehorche, gefährde die Sicherheit, die Exportwirtschaft und seinen Arbeitsplatz. Die Drohungen aus Bern und die Erpressungen aus Brüssel (s. Schikane der Schweizer Börse!) wirken: Aus Angst nicken die Köpfe – auch, weil wir eine classe politique wählen, die sich nicht einer freiheitlichen Eidgenossenschaft verpflichtet fühlt. Vorbilder und Leader fehlen. Anpasser und Bequeme führen uns. Freiheit und Demokratie brauchen Mut. Noch sind wir keine politischen Gefangenen Brüssels und sagen Nein zum Waffengesetz.

Werner Gartenmann

gartenmann@auns.ch

Schweizer Augenärzte operieren in Armenvierteln Mexikos

Eindrückliches Hilfsprojekt

Die «Schweizerzeit» im Gespräch mit Dr. Alex Heuberger, Augenarzt in Olten

Mexiko verfügt über Spitäler, welche eine Gesundheitsversorgung unter einwandfreien hygienischen Bedingungen garantieren. Der armen Bevölkerung sind diese Spitäler allerdings nicht zugänglich.

Dr. med. Alex Heuberger betreibt zusammen mit einem grösseren Ärzteteam in Olten eine bedeutende Augenklinik. Im Jahr 2000 stiess ein mexikanischer Arzt, Dr. med. Manuel Villalvazo aus Acapulco, verheiratet mit einer Schweizerin, als Anästhesiearzt zum Ärzteteam.

Am Weihnachtessen des Jahres 2000 forderten ihn die Ärztekollegen auf, über die ärztliche Versorgung in Mexiko – insbesondere auch zu Augenleiden – zu berichten. Sie erfuhren, dass die Spitäler in Mexiko durchaus hohes Niveau erreichen, dass sie allerdings fast nur Begüterten und Reichen offen stünden. Wer in einem Armenviertel zum Beispiel vom Grauen Star betroffen werde, für den sei die schrittweise Erblindung nahezu unausweichlich. Operationskosten könnten sich Mexikos Arme ganz einfach nicht leisten. Besonders tragisch sei die Situation von Kindern. Erblindung sei für sie unausweichlich, ein Dasein als

Erblindete in einem Armenviertel stünde ihnen bevor – ein schauerliches Schicksal. Der Bericht des Narkosearztes Villalvazo hinterliess bei den Kollegen tiefen Eindruck. Er weckte aber auch ihren Willen, etwas gegen diese tragische Situation zu unternehmen.

Erster Augensehein

Bereits wenige Monate später flog der Inhaber und Chefarzt der Augenklinik Heuberger zusammen mit seinem Narkosearzt nach Mexiko. Dr. Heuberger hatte alle notwendigen Utensilien für Operationen in seinem Gepäck. In Acapulco, auf der Strandseite ein Luxusferienort, suchten die beiden Ärzte im rückwärtigen Stadtteil, den Touristen kaum je zu Gesicht bekommen, die Armenviertel auf. Dr. Heuberger studierte, angeleitet von seinem aus Acapulco stammenden Kollegen, die Situation – und beide machten sich sofort an die Arbeit.

Bereits anlässlich dieses ersten Besuchs wurden rund fünfzig Operationen an Patienten, die vom Grauen Star betroffen waren, durchgeführt – ausnahmslos kostenlos. Und bereits auf dem Rückweg in die Schweiz diskutierten sie, wie der Einmal-Einsatz zu einem regelmässigen Engagement ausgebaut werden könnte.

In der Schweiz wurde wenig später der «Verein zur Bekämpfung der Blindheit in Mexiko» gegründet. Eine gewisse Vortragstätigkeit begann; sie sicherte Spenden-Einnahmen. Im Lauf der Jahre konnten mehrere führende Augenärzte der Schweiz gewonnen werden, sich am «Projekt Gratis-Augenoperationen für Arme in Mexiko» zu beteiligen. Das Team beschloss, sich ganz auf Operationen des Grauen Stars zu konzentrieren. Dies aus der Erkenntnis heraus, dass es für das spezialisierte Schweizer Team unmöglich sei, das Gesundheitswesen in Mexiko – wo sechzig Prozent der Bevölkerung arm sind – gesamthaft zu sanieren.

Das in Mexiko engagierte Ärzteteam:

Dr. med. Alex Heuberger, Augenarzt, Olten; Dr. med. Manuel Villalvazo, Anästhesiearzt, Olten; Dr. med. Beat Zbinden, Augenarzt, Biel; Dr. med. Johannes Schwarz, Augenarzt, Zürich; PD Dr. med. Gian-Marco Sarra, Augenarzt, Burgdorf; Frau Dr. med. Dr. phil. Karla Chaloupka, Augenärztin, Zürich; Dr. med. Kaspar Heldstab, Augenarzt, Hochdorf; Dr. med. Arturo Silva, Augenarzt, Acapulco. Administrative Mitarbeit: Frau lic. Norma Aragon Gomez, Mexico-City



heuberger
augenklinik

Besser sehen –
mehr vom Leben.

ab **1790.-** CHF
Alles inklusive für ein Auge*

**Klare Sicht dank einer
Augenlaser-Behandlung.**

*Anzeige ausschneiden und bis 30.06.2019 einlösen. Ausschliesslich in unserer Augenklinik Heuberger AG in Olten, Solothurn, Balsthal oder Oftringen für eine Laserbehandlung gültig. Nicht mit anderen Anzeigen oder Aktionen kumulierbar und nur einmal einlösbar. **Kontaktieren Sie uns jetzt für eine unverbindliche Beratung: Tel. 062 206 77 24.** Augenklinik Heuberger AG, Fahrweg 10, 4600 Olten, www.spitalpark.ch

F0504/8AZ19

Jährlich hunderte Operationen

Das Schweizer Ärzteteam – dem inzwischen auch ein Augenarzt aus Acapulco und eine administrative Mitarbeiterin aus Mexico City angehören – konnte seit 2001 mehrere tausend arme Mexikaner unterschiedlichen Alters vor Erblindung bewahren. Der Einsatz des Schweizer Teams erfolgte vorbildlich bürokratiefrei und kostengünstig: Alle Operationen werden gratis durchgeführt. Die Kosten für benötigtes Material werden durch Spenden aufgebracht. Mehrere Rotary-Clubs sind zum Rückgrat des Spendenflusses geworden. Die mexikanische Botschaft in der Schweiz konnte zu konstruktiver Zusammenarbeit gewonnen werden. Sie sorgt heute dafür, dass die Schweizer Augenspezialisten Einrichtungen mexikanischer Spitäler benutzen können.



Das Hilfswerk von Dr. Heuberger legt Zeugnis ab von zielbewusster, erfolgreicher Hilfstätigkeit: Konzentration auf ein ganz bestimmtes Leiden erlaubt effiziente Zielerreichung. Inzwischen gehören sechs führende Augenärzte aus verschiedenen Regionen der Schweiz zum Ärzteteam, das in Mexiko jährlich rund 500 Gratis-Operationen gegen den Grauen Star in Armenvierteln durchführt.

Das fünfjährige Mädchen

Dr. Alex Heuberger erzählt packend die Geschichte eines Mädchens, das er als Fünfjährige mit angeborenem Grauem Star an beiden Augen in einem Armenviertel entdeckt hat. Offiziell wurde es bereits als blind eingestuft. Aufgrund sofort und erfolgreich durchgeführter Operationen konnte dem fünfjährigen Mädchen das Augenlicht an beiden Augen bewahrt werden. Der Ver-

ein zur Bekämpfung der Blindheit in Mexiko kam danach für das Schulgeld dieses Mädchens auf, das sich als überaus begabte, willige und gute Schülerin entpuppte. In Mexiko herrscht die Sitte, dass jeweils der oder die Klassenbeste zur Fahnenträgerin der Klasse ernannt wird. Das einst von Blindheit bedrohte Mädchen errang diese Position als erfolgreiche Schülerin. Der Schweizer Verein begleitet es weiterhin. Er hat ihm den Besuch einer höheren Schule ermöglicht. Heute studiert die junge Frau an einer Universität.

Auch die einwandfreie Nachkontrolle, die für Operierte notwendig ist, konnte inzwischen institutionalisiert werden. Die Augenkliniken in mexikanischen Spitälern haben diese Aufgabe übernommen. Die Zusammenarbeit des Schweizer Vereins zur Bekämpfung der Blindheit in Mexiko mit den Behörden Mexikos entwickelt sich erfreulich. Auch in Mexiko ist man auf die Operationen der Schweizer Ärzte zur Abwendung von Grauem Star aufmerksam geworden. Es blieb aber nicht bei blosser Beachtung. Vielmehr wurde in Mexiko eine Swiss Foundation gegründet, die das von Dr. Alex Heuberger initiierte Projekt mitträgt.

S

Kontakt

Ein Hilfswerk, getragen von einem Team namentlich bekannter Persönlichkeiten, die selber – ehrenamtlich und unter Vermeidung jeglicher Bürokratie – aufgrund eigener Fachkenntnisse Hilfe leisten: Wer hat nicht schon nach einer solchen unterstützungswürdigen Institution gesucht? Das «Projekt gegen Blindheit in Mexiko» erfüllt all diese Ansprüche.

Der Verein, der das Projekt aus der Schweiz heraus trägt, ist unter folgender Adresse erreichbar:
Verein «Projekt gegen Blindheit in Mexiko», Fahrweg 10, 4600 Olten;

Spendenkonto: IBAN CH54 8094 7000 0062 0968 8
Raiffeisenbank Untergäu, 4614 Hägendorf; Postkonto 46-349-9

Der Jahresbeitrag beläuft sich auf 50 Franken pro Person und 75 Franken pro Ehepaar.



**Das Büro Ha
deckt auf!**



Es stimmt wirklich, was Peter Regli (Ex-Chef Nachrichtendienst) sagt: Wir sind nur für den Sonntagvormittag aufgestellt, sofern das Wetter schön ist. Verteidigungsfähigkeit, Durchhaltevermögen, Unabhängigkeit? Fehlanzeige. Die WEA ist eine einzige schöngeistige Schönwetter-Schönmalerei. Strategisches und operationelles Denken ist im Lande der Naiven und Ahnungslosen kein Thema mehr. Bei den Politikern schon gar nicht. Oder hat ein einziger Nationalrat jemals gefragt, wie lange eine Kampfbrigade im Verteidigungsfall «durchhalten» kann?

Tis Hagmann

Interessengemeinschaft Schiessen Schweiz
EU-Diktat-Nein.ch

NEIN
am 19. Mai



**Unrecht
Freiheitsfeindlich
Nutzlos
Gefährlich
Antischweizerisch**

Auch für Valentin Streiff, UOV Uster, Zürcher Miliz Compagnie 1861, ist klar:

Stop dem Entwaffnungsdiktat der EU

Grüne Kakophonie



«Eine grüne Welle geht durch die Schweiz»: So und ähnlich schreiben sich derzeit Journalisten die Finger wund. Diese «Welle» ist aber nur ein gewisser Ausgleich: Nachdem die grünen Parteien vor vier Jahren noch krachende Niederlagen einfuhren, finden sie nun wieder zu ursprünglicher Grösse zurück. Zudem sind sie Nutzniesser der medial allgegenwärtigen Klimadiskussion.

Letzteres ist in der Schweiz und anderswo massgebend eine Folge ungeschickter politischer Taktik der Bürgerlichen. Sie beteiligen sich an einer beschönigend «Klimadiskussion» genannten Kakophonie, bei welcher die Parteien einander darin kopieren und überholen wollen, im Namen des Klimaschutzes neue Steuern, Abgaben oder Gesetze zu verlangen. Bereits der inzwischen mehrheitsfähig gewordene Atomausstieg war eine Kopie grüner Forderungen, mit der dann Mitte-Parteien als «neue grüne Mitte» kurzfristig punkten konnten. Heute sind sie wieder am Gängelband der Grünen.

Es ist durchaus richtig, über Umweltfragen zu diskutieren. Es ist aber falsch, auf den grünen Klima-

Hype aufzuspringen. Grüne Klimapolitik prangert den Klimawandel an und verlangt dann allerlei Beschränkungen im Alltag. Wieviel das in der Tat der Umwelt nützt, bleibt offen.

Effiziente Umweltpolitik muss im Konkreten beginnen. Das ist weniger spektakulär, liefert aber messbare Ergebnisse: Umnutzungen bestehender erschlossener Bauernhäuser grosszügig zulassen, damit Menschen vermehrt vor Ort arbeiten und nicht neues Land eingezont werden muss. Schnellere Baubewilligungen für Wasserkraftprojekte. Weniger Gewicht der Denkmalpflege bei Solarenergie-Projekten und bei Bauvorhaben, die zur besseren Wohnraumnutzung beitragen. Ferner eine bessere Zusammenarbeit von Bahnunternehmen zur gemeinsamen Nutzung von Depots. Und schliesslich: Zunehmender Energieverbrauch ist auch die Folge einer unkontrollierten Zuwanderung.

Mit einer solchen Umweltpolitik gewinnt man zwar keine Auszeichnungen an Weltkonferenzen. Aber man leistet einen effizienten Beitrag für die Umwelt – und beschneidet keine freiheitlichen Prinzipien.

Patrick Freudiger

Churz & Bündig

Barack Obama trotz dem Klimawandel: Gemäss einer Mitteilung des Nachrichtensenders NTV (4.4.2019) ist der ehemalige US-Präsident – von den Klimademonstranten oft als Vorbild für verantwortlichen Umgang mit Energie gelobt – per Privatjet nach Deutschland angereist, wo er in Köln eine Rede hielt. Er flog danach weiter nach Berlin für ein Treffen mit Jugendlichen.

*

Es zirkuliert ein Gerücht, wonach Links-Grün eine Massendemonstration plane – gegen Schneefall im April. Dieser störe die Klimaerwärmung.

US



«Schweizerzeit»-Special
Fr. 2499.00

**A3-Farbkopierer, -Scanner,
-Drucker und -Telefax**
inkl. Original-Einzug
2 Kassetten, Stapel-Einzug
Unterschrank, TOP-Qualität
dank 1200 dpi, Duplex,
Netzwerk, USB 2.0
automat. Hefter, Air-Print
Super Touch-Display, farbig
3 Jahre Vor-Ort-Garantie

OCotex AG – 041 799 50 00

PAMAG
Metallbau

- Geländer
- Konsolen
- Pergolen
- Treppen
- Türen
- Vordächer
- Verglasungen

PAMAG Metallbau AG • Fohlochstrasse 7b • 8460 Marthalen
Tel. 052 305 43 30 • info@pamag-metallbau.ch • www.pamag-metallbau.ch

Wir bauen für Ihre Sicherheit!



In Marthalen realisieren wir schnell und kompetent alles rund ums Haus wie Geländer, Fluchttreppen, Türen- und Fensterelemente, Pergolen, Rankengerüste, Vordächer, Balkonverglasungen und andere Metallbauarbeiten. Unsere Produkte sind unterhaltsarm und zeichnen sich durch ihre lange Lebensdauer aus.

Unsere qualifizierten Mitarbeiter beraten Sie gerne ausführlich in unserem Betrieb oder auf Wunsch auch vor Ort. In unseren technischen Zeichnungsbüros planen wir für Sie Ihr Bauvorhaben. Hierfür verwenden wir moderne CAD-Anlagen. Für eine massgeschneiderte und fachgerechte Konstruktion, Fertigung und Montage sorgen unsere spezialisierten Mitarbeiter.

Paul Mayer
PAMAG Metallbau AG

Nein zur Übernahme der EU-Waffenrichtlinie

Waffenbesitz ist ein Freiheitsrecht

Die «Schweizerzeit» im Gespräch mit Olivia de Weck, Vizepräsidentin «ProTell»

Im Blick auf die Volksabstimmung vom 19. Mai nimmt eine junge, ihre Freiheitsrechte als Schweizer Schützin energisch verteidigende Frau Stellung gegen das Ansinnen Bundesberns, die Schweiz der EU-Waffenrichtlinie – faktisch eine Entwaffnungs-Verordnung – zu unterstellen.



Schweizerzeit: Frau de Weck, was stört Sie an der EU-Waffenrichtlinie?

Olivia de Weck: An der EU-Waffenrichtlinie selbst stört mich nichts. Mich stört ihre Übernahme. Sie schafft das Recht auf Waffenbesitz ab, eines der wichtigsten Freiheitsrechte überhaupt – eines Freiheitsrechts, das sich seit 1848 bewährt hat. Der Bundesrat hat 2005, vor der Schengen-Abstimmung, im Abstimmungsbüchlein schwarz auf weiss versichert, wegen der Schengen-Assoziierung werde es weder zu einschneidenden Beschränkungen des Waffenrechts noch zur Einführung der Bedürfnisklausel kommen, das heisst, zur Umwandlung unseres Rechts auf Waffenbesitz zu einer «Ausnahme». Die Umsetzung der Waffenrichtlinie enthält nun beide Verschärfungen. Das ist inakzeptabel.

An vorderster Front

Sie haben sich vor einigen Wochen als Vizepräsidentin in den Vorstand von «ProTell» wählen lassen. ProTell war an Lancierung und Erfolg des Referendums gegen die Unterwerfung der Schweiz unter die EU-Waffenrichtlinie massgeblich, in der welschen Schweiz sogar erfolgsentscheidend beteiligt. Ist Ihr Einsatz für ProTell auch als Signal an die Öffentlichkeit, die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie abzulehnen?

ProTell hat die Unterschriftensammlung tatkräftig unterstützt. Erfolgsentscheidend für das Zustandekommen des Referendums war aber nicht ProTell – viel eher die krasse Freiheitsfeindlichkeit, Nutzlosigkeit und Gefährlichkeit der Waffengesetzrevision.

Bis heute halten sich die eher bürgerlich orientierten Frauen – die Linken bekämpfen ohnehin alles, was mit bewaffneter Verteidigung zu tun hat – mit Stellungnahmen im Blick auf die Referendumsabstimmung vom 19. Mai eher zurück. Ist Ihre Wahl als Vizepräsidentin von ProTell auch als Aufforderung insbesondere an die bürgerlich orientierten Frauen zu verstehen, sich gegen die waffenrechtliche Kapitulation der Schweiz vor der EU energisch zur Wehr zu setzen?

Sie ist als Signal an alle freiheitsliebenden Einwohnerinnen und Einwohner dieses Landes zu verstehen, sich gegen den Abbau von zentralen Freiheitsrechten zu wehren.

Siegessicher

Wie schätzen Sie die Erfolgsaussichten des Referendums bei den Frauen insgesamt ein – auch angesichts der Tatsache, dass die neue Bundesrätin Karin Keller-Sutter unbedingt ein Ja zur EU-Waffenrichtlinie erreichen will?

Ich glaube nicht, dass das Geschlecht der dem EJPD vorstehenden Person den Abstimmungskampf beeinflusst. Ich bin überzeugt, dass gerade junge, urbane Frauen mit einem gewissen Realitätssinn die Unterstellung der Schweiz unter die EU-Waffenrichtlinie ablehnen.

Ausnahmebestimmungen im Zwielficht

Die für die Waffenrechts-Verhandlungen mit der EU verantwortliche Bundesrätin Sommaruga führt aus, sie habe für die Schweiz so viele Ausnahmen ausgehandelt, dass von einer Beeinträchtigung unseres traditionellen Schützenwesens keine Rede sein könne. Was sagen Sie zu solchen Beteuerungen?



VERIT ELECTRONIC AG

BAHNHOFSTRASSE 13
5614 SARMENTORF
TEL 056 667 31 88
FAX 056 667 31 66
MAIL INFO@VERIT-ELECTRONIC.CH



Preisgünstiger Münzzeitautomat für Fr. 2.- und Jeton- Einwurf. 24/230VAC.
Anschlussbereit und programmiert nach Kundenwunsch Fr. 285.-
E-shop unter: www.verit-electronic.ch

Sie stimmen nicht. Das Schützenwesen ist existentiell bedroht. Über 80 Prozent der im Schiesssport verwendeten Waffen werden bei einem Ja am 19. Mai sofort verboten. Auf Verbotenes besteht kein Rechtsanspruch. Die Besitzer verlieren also ihr Recht auf den Besitz ihrer Waffe.

Artikel 17 der EU-Richtlinie enthält zudem eine Klausel, die faktisch einen automatischen Verschärfungsmechanismus darstellt. Weitere Verschärfungen werden im Fünfjahresrhythmus kommen. In seiner Botschaft zur Umsetzung der aktuellen Richtlinie schreibt der Bundesrat, dank Schweizer Geschick sei es während der Erarbeitung dieser Richtlinie in Brüssel gelungen, das absolute Halbautomatenverbot abzuwenden. Warum führt der Bundesrat diesen Verhandlungserfolg nie öffentlich an? Ganz einfach: Weil er weiss, dass er ihn in einigen Jahren, bei der nächsten oder übernächsten Verschärfung, nicht mehr halten können. Zudem: Waffenrecht ist zuerst einmal Menschen- und Bürgerrecht, und erst dann «Schützenrecht».

Was steht auf dem Spiel?

Inwiefern sehen Sie denn in der EU-Waffenrichtlinie eine Beeinträchtigung der Schweizer Schützentradition?

Die Schützen werden mittelfristig entwaffnet. Die Beeinträchtigung ist offensichtlich.

Die EU-Waffenrichtlinie wird von Brüssel präsentiert als «Massnahme zur Terrorbekämpfung». Dagegen ist wohl kaum etwas einzuwenden. Warum bekämpfen Sie die Übernahme dieser Richtlinie durch die Schweiz trotzdem?

Keiner der Terroranschläge, welche die EU als Rechtfertigung für die Gesetzesverschärfungen vorschiebt, wurde mit einer Legalwaffe verübt. Die Umsetzung der EU-Richtlinie erfüllt grundsätzliche rechtsstaatliche Anforderungen wie das Verhältnismässigkeitsgebot nach Art. 5 Abs. 2 der Bundesverfassung nicht. Insbesondere für die FDP ist es ein absolutes Armutszeugnis, diese Tatsache einfach unter den Tisch zu kehren.

Was sind denn aus Ihrer Sicht die wahren Ziele, welche Brüssel mit dieser neuen Waffenrichtlinie verfolgt?



Gesetze werden nicht nach den Absichten hinter ihnen, sondern nach ihrer Wirkung beurteilt. Und die Wirkung des revidierten Waffengesetzes ist verheerend.

Schengen

Die Befürworter der Unterwerfung der Schweiz unter die EU-Waffenrichtlinie werden nicht müde, vor dem Hinauswurf der Schweiz aus dem Schengen-System, das Europas Sicherheit gewährleiste, zu warnen. Dies sei zu erwarten, wenn die EU-Waffenrichtlinie abgelehnt werde. Warum nehmen Sie diese oft wiederholte Warnung auf die leichte Schulter?

Das tue ich nicht, aber ich bewerte sie nüchtern und komme zum Schluss: Sie ist völlig haltlos. Ich habe bis heute noch nicht einmal den Versuch einer Erklärung gehört, warum ein Ausschluss der Schweiz aus dem Schengenraum der EU nicht mehr Nach- als Vorteile bringen würde. Nachdem die Gegner des Referendums permanent von morgens bis abends vor dem Ausschluss warnen, ist das ziemlich vielsagend.

Fazit

Kurz zusammengefasst: Worum geht es am 19. Mai? Warum ist aus Ihrer Sicht die EU-Waffenrichtlinie abzulehnen?

Es geht um die Bewahrung eines der wichtigsten Freiheitsrechte überhaupt. Um zu erkennen, ob man es mit einer freien oder unfreien Gesellschaft zu tun hat, genügt es, zwei Gesetze anzuschauen: Das Waffengesetz und das Gesetz, in welchem die Meinungs- und Pressefreiheit geregelt ist. Wo die Leute grundsätzlich alles sagen können und wo das Recht auf privaten Waffenbesitz gilt, ist das Abrutschen in menschenrechts-, minderheiten- und bürgerrechtsfeindlichen Kollektivismus unmöglich.

Frau de Weck, ich danke Ihnen für diese Ausführungen.

Das Interview mit Olivia de Weck führte Ulrich Schlier.

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

**Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.
Preis bis Ende 2019: mindestens Fr. 50.–**

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Mail-Adresse: _____

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum: _____

Unterschrift: _____

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Kinderehen, Mehrfachehen, Frauenbeschneidungen

Ein Straftatbestand

Der Kanton Zürich registriert jährlich nahezu neunzig Kinderehen; im Kanton Basel-Stadt sind es jährlich etwa zwanzig. Die Dunkelziffer dürfte viel höher sein.



Die Zivilstandsämter betonen, dass nur jene Fälle bekannt werden, wo ein «behördliches Ereignis» eintritt – sei es die Geburt eines Kindes, seien es Erbangelegenheiten. Deshalb werden früher geschlossene Kinderehen oft viel später den Behörden gemeldet. Dies betrifft oftmals Frauen aus Italien, Portugal oder Griechenland, die heute bereits älter sind und ihre damalige Heirat legalisieren möchten. Da sämtliche Beteiligten längst erwachsen sind, muss solchen Ehen behördlicherseits wohl oder übel der Segen erteilt werden.

Die Zivilstandsämter registrieren aber auch «Zwangsehen», bei denen die Gattin noch ein Kind ist. Herkunftsländer sind vorwiegend Syrien, Afghanistan, Somalia, Eritrea und Mazedonien. Solche Zwangsehen sollten niemals legalisiert, sondern ausnahmslos verboten werden. Bei diesen «Kinderehen» geht es durchwegs um ältere bis alte, vielfach muslimische Männer, die in einer arrangierten Beziehung mit einem Mädchen leben. Hier den Ausdruck «Beziehung» zu verwenden, ist schon ziemlich abwegig, zumal ein 14 oder 15 Jahre altes Kind in die Schule gehört und nicht in ein Ehebett. Da in der Schweiz eine religiöse Hochzeit erst nach der Ziviltrauung und somit nicht unter 18 Jahren stattfinden darf, werden solche Zeremonien illegal und im engsten Familien- und Freundeskreis vollzogen. Oder die Familie fährt mit ihrem Kind ins Herkunftsland – und dieses mutiert während den Sommerferien rasch zur «Ehegattin».

Vergangenen Herbst betonte SP-Bundesrätin Sommaruga als damalige EJPD-Chefin, dass man all diese Fälle genau abwägen müsse. Sie sprach von einer jugendlichen Kosovarin, welche sich gegen eine Zwangsehe zur Wehr setzte und

dadurch den Kontakt zu ihrer Familie verlor. Offenbar war der Bundesrätin Art. 187 unseres Strafgesetzbuches unbekannt. Dieser Artikel mit dem Titel «Gefährdung der Entwicklung von Unmündigen; sexuelle Handlungen mit Kindern» besagt, dass mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren bestraft wird, wer mit einem Kind unter 16 Jahren eine sexuelle Handlung vornimmt. Zudem ist der von Frau Sommaruga beklagte «Kontaktverlust zur Familie» nicht nachvollziehbar. Wenn sich ein erwachsenes Familienmitglied an einem Kind der gleichen Familie vergangen hat, so sind die Familienstrukturen nicht mehr wie vorher.

Ebenso müssen auch die Genitalverstümmelungen thematisiert werden, sollen doch laut Schätzungen in der Schweiz rund 15'000 weibliche Personen davon betroffen sein. Bundesbern selbst nennt als Grund die starke Zunahme von Asylgesuchen aus Eritrea und Somalia. Der Hinweis, dass auch hierzulande Beschneidungsrituale durchgeführt werden, ist eine behördliche Bankrotterklärung. Laut einem Bericht des Bundesrates gaben in der Schweiz viele Ärztinnen und Ärzte an, bereits betroffene Frauen und Mädchen mit Komplikationen einer frischen Beschneidung behandelt zu haben. Hier wäre strafrechtlich ein erster Ansatz notwendig, zumal seit dem Jahr 2012 der Strafgesetzentwurf 124 in Kraft ist, der die Verstümmelung von Genitalien weiblicher Personen mit bis zu zehn Jahren Freiheitsstrafe ahndet.

Schliesslich wäre zu prüfen, wie viele Asylbewerber mit mehreren Gattinnen einreisen oder diese nachkommen lassen. Auch hier ist zu fragen, ob – und wenn ja in wie vielen Fällen – dieses «Familienmodell» von den Migrationsämtern akzeptiert wird, obwohl das Eingehen einer Mehrfachehe ein klarer Straftatbestand ist. Kinderehe, Mehrfachehe und Frauenbeschneidung dürfen hierzulande niemals als «fremde Kultur» akzeptiert werden – sie sind konsequent als Straftatbestände zu sanktionieren.

Markus Melzl



INNOVA Sicherheitstechnik Schweiz AG
Lindenhofstrasse 6
9630 Wattwil
+41 71 988 22 00
info@innova-sicherheitstechnik.ch

Krisenvorsorge | Notvorrat | Trinkwasser | Technik



Wir beraten Sie gerne persönlich und diskret!



WWW.INNOVA-SICHERHEITSTECHNIK.COM

Mit dem
Rahmenvertrag
 verlangt Brüssel von
 der Schweiz einen
Blankoscheck,
 zu dem die EU erst
 nach Unterzeichnung
 mitzuteilen bereit
 ist, wozu sich die
 Schweiz mit diesem
 Vertrag
verpflichtet
 hat.

Fakten – Behauptungen – Tatsachen



Schweizer Milliarden für EU-Arbeitslose

Bis heute gilt weltweit die Regel, dass in die Arbeitslosigkeit geratene Grenzgänger an ihrem Wohnort (nicht am letzten Arbeitsort) Arbeitslosenunterstützung erhalten.

Diese seit Jahrzehnten gültige Regelung wollte Bern im Rahmenvertrag bestätigen lassen. Das hat die EU ausdrücklich verweigert. Denn innerhalb der EU erfahren die «Zuständigkeitsregeln für die Ausrichtung der Arbeitslosenversicherungen an Grenzgänger» gegenwärtig eine grundlegende Änderung: Das EU-Parlament will für arbeitslos gewordene Grenzgänger das Prinzip durchsetzen, dass sie Arbeitslosenunterstützung gemäss freier Wahl vom Wohnsitzland oder vom Land der letzten, mindestens dreimonatigen Erwerbstätigkeit beziehen können.

Die Frage, welcher der Brüssel-devote Bundesrat, Economie-suisse, Swissmem, FDP und NZZ sorgfältigst ausweichen, lautet: Wen trifft diese Neuregelung? Sie trifft jene Länder, die weit mehr Grenzgängern aus Nachbarländern Beschäftigung sichern, als dass eigene Einwohner als Grenzgänger im benachbarten Ausland arbeiten. Betroffen ist vor allem die Schweiz, in weit geringerem Mass auch Luxemburg. Mit anderen Worten: Die EU nutzt den Rahmenvertrag, um einen bedeutenden Teil ihrer Lasten für die Arbeitslosenunterstützung auf die Schweiz abzuwälzen. Der Bundesrat spricht von deutlich mehr als fünfhundert Millionen Euro Mehrbelastung pro Jahr.

Noch brisanter: In der EU laufen auf Betreiben Frankreichs, das besonders unter Arbeitslosenkosten ächzt, Anstrengungen, die bis heute auf zwei Jahre begrenzte Arbeitslosenunterstützung in eine für Betroffene lebenslange Rente umzuwandeln. Das würde der Schweiz jährliche Milliarden-Lasten aufbürden – und von Arbeitslosigkeit bedrohte EU-Ausländer einladen, noch rasch drei Monate als Grenzgänger in der Schweiz zu arbeiten und dann von der Schweiz lebenslang eine Rente zu beziehen.

Sehr aufschlussreich: Der Bundesrat befürchtet bereits EU-Erpressungsmanöver für den Fall, dass absehbare Maximalbelastungen von Bern nicht akzeptiert würden. Das könnte jenen «Streitbeilegungsmechanismus» auslösen, welcher dem EU-Gerichtshof den finalen, nicht mehr anfechtbaren Entscheid zur Streitfrage einräumt.

S



ZANETTI

CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08

Telefax 081 844 10 20

Mail: info@zanettispecialita.ch

www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur

(nur 1 Minute vom

Billettschalter entfernt)

Telefon 081 253 60 60



Prajolène GmbH

Rue de la Cordamou 11

1973 Nax Wallis

Tel 076 770 87 15

Mail ou@bluewin.ch

Tee, Kräuter Tee, Gewürze

www.produitsbio.ch

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 20)

Damals in der SVP

von Hans Fehr, alt Nationalrat SVP, Eglisau ZH



Im Hinblick auf die EWR-Abstimmung vom 6. Dezember 1992 melden sich neben der Auns und der SVP immer mehr Bürgerinnen und Bürger zu Wort, die erkannt haben, dass der EWR-Beitritt unweigerlich zum EG-Beitritt führt und das Ende der souveränen Schweiz bedeuten würde. Überzeugt, dass sie einen persönlichen Beitrag leisten müssen, schreiben sie Leserbriefe, machen Inserate in der lokalen und regionalen Presse, verteilen Flugblätter, melden sich an Veranstaltungen zu Wort und unterstützen die Anti-EWR-Organisationen finanziell. Mitgerissen vor allem vom Elan Christoph Blochers und Otto Fischers, die einen fast übermenschlichen Einsatz leisten und vor übervollen Sälen kämpfen, kommt es zu einer eigentlichen Volksbewegung für die Wahrung der Unabhängigkeit unseres Landes.

Was zunächst als fast unmöglich erachtet worden ist – nämlich ein Nein zum EWR/EG-Beitritt gegen die vereinigte Polit-«Elite» (Bundesrat, Parlament, fast alle grossen Parteien, Wirtschaftsverbände, Internationalisten, Kulturschaffende etc.) – zu erkämpfen, scheint nun nicht mehr unmöglich. Komitees werden gegründet, so beispielsweise das überparteiliche Zürcher Komitee «gegen EWR- und EG-Diktat – für eine weltoffene Schweiz», präsidiert von Nationalrat Ernst Cincera (FDP), alt Nationalrat Paul Eisenring (CVP) und Nationalrat Ueli Maurer (SVP). Sie bekämpfen die EWR-Vorlage mit dem Argument, sie stelle einen nicht mehr rückgängig zu machenden Schritt Richtung EG dar. Zudem habe der für unser Land unwürdige Vertrag schwerwiegende Nachteile: Höhere Zinssätze und steigende Arbeitslosigkeit.

Am 24. Oktober sagen auch die Delegierten der SVP Schweiz mit 289:119 Nein zum EWR/EG-Beitritt. Dies nach einem harten Schlagabtausch zwischen Adolf Ogi, der trotz allem Herzblut scheitert, und Christoph Blocher. Blocher überzeugt die Mehrheit mit dem Hinweis, dass sich die politischen und die wirtschaftlichen Bedingungen für die Schweiz massiv verschlechtern würden. «Die Schweiz muss

Am 24. Oktober sagen auch die Delegierten der SVP Schweiz mit 289:119 Nein zum EWR/EG-Beitritt. Dies nach einem harten Schlagabtausch zwischen Adolf Ogi, der trotz allem Herzblut scheitert, und Christoph Blocher. Blocher überzeugt die Mehrheit mit dem Hinweis, dass sich die politischen und die wirtschaftlichen Bedingungen für die Schweiz massiv verschlechtern würden. «Die Schweiz muss

Einladung zum öffentlichen Anlass

Die Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE lädt Sie herzlich zum Fachreferat des ehemaligen Chefs des Schweizer Nachrichtendienstes ein:

«Die aktuelle sicherheitspolitische Lage der Schweiz»

Peter Regli, Divisionär aD



-  **Donnerstag, 16. Mai 2019**
-  **Mehrzweckhalle Stiftung zum Glockenhaus, Zürich**
(neben dem Hotel Glockenhof), Sihlstrasse 33, 8001 Zürich
-  **Ab 18.45 Uhr Apéro. Beginn des Referats: 19.30 Uhr**
Der Anlass ist öffentlich. Eintritt frei.

PRO  LIBERTATE

Schweizerische Vereinigung für
Freiheit, Demokratie und Menschenwürde
www.prolibertate.ch

Ich möchte der Vereinigung PRO LIBERTATE beitreten als: Mitglied (Jahresbeitrag Fr. 40.– / Ehepaare: Fr. 60.–) Gönner (Jahresbeitrag Fr. 100.–) Sympathisant (nach freiem Ermessen)

Vorname, Name Telefon

Adresse Datum

PLZ, Ort Unterschrift

Talon ausschneiden und einsenden an: **PRO LIBERTATE, 3052 Zollikofen**

www.prolibertate.ch

den Mut haben, anders und besser zu sein!» ruft er den Delegierten zu.

*

Auch Otto Fischer mobilisiert die Leute enorm: Als «schlecht, gefährlich, unwürdig» disqualifiziert er den EWR-Vertrag wortgewaltig und mit klaren Fakten. Er und Blocher zitieren immer wieder, was der Bundesrat in seinem Bericht vom 18. Mai 1992 «über einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft» (*im Gegensatz zur heutigen Schönrederei zum Rahmenvertrag*) offen und ehrlich geschrieben hat: «Schon bei der Abstimmung über den EWR muss jeder – ob Bürger, Unternehmer oder Angestellter – Gewissheit haben, dass das Ziel der schweizerischen Integrationspolitik der Beitritt zu EG ist.»

Kurz vor dem 6. Dezember 1992 ist es klar: Es wird eine grosse Stimmbeteiligung geben, und die Entscheidung wird knapp ausfallen. Ich selbst will auch noch einen letzten Beitrag leisten, kratze per Telefon bei Unternehmern wie Alexander Baumann (Rausch), Carl Elsener (Victorinox), Otto Suhner (Kabelwerke Brugg), Walter Reist (Ferag), Charles Vögele u.a. rund 150'000 Franken zusammen und platziere mit Hilfe des Werbefachmanns Kuno Schweizer aus Esslingen mehrere auffällige Inserate in grossen Tageszeitungen – u.a. mit dem folgenden Wortlaut:

Mit Drohungen in den EWR?

Mit massiven Drohungen wollen uns Funktionäre und Manager von Grossunternehmen in den EWR und in die EG hineinzwingen. Warum? Sie wollen billige ausländische Arbeitskräfte hereinholen. Schweizerinnen und Schweizer werden dann auf der Strasse stehen. Mehr Arbeitslose und tiefere Löhne werden die Folge sein.

Unsere Antwort: **EWR NEIN!**

Kurz vor der Abstimmung wendet sich Christoph Blocher mit einem letzten Appel an das Schweizervolk: «Am 6. Dezember geht es um die zentrale Frage: Sind wir stark und fähig genug, um unsere Lebensordnung auch in der Zukunft selbst zu bestimmen? Oder sind wir so schwach geworden, dass wir einen wesentlichen Teil in die Hände von Brüssel legen müssen, um schliesslich in der EG aufzugehen? Der EWR-Vertrag trifft unsere Unabhängigkeit, unsere Selbstbestimmung, unsere Souveränität empfindlich, höhlt unsere Volksrechte aus, schwächt unseren Föderalismus und gefährdet unsere Neutralität. Ein Nein zum EWR ist darum ein Ja zur Schweiz. Es ist auch ein Signal an unsere Politiker in Bern, die Probleme selbst an die Hand zu nehmen – und es ist ein Signal an Europa, dass ein Volk nicht auf seine Selbstbestimmung und auf seine Volksrechte verzichtet.»

Am Nachmittag des 6. Dezember ist die Spannung unerträglich, bis endlich feststeht: Die Vorlage ist abgelehnt: 16 der 23 Kantone sagen nein. Aber wir wollen auch das Volksmehr – als doppelte Legitimation für das Nein. Es wird knapp: Der Vorsprung von zunächst gegen 100'000 Neinstimmen schmilzt mit der Auszählung der grösseren weltlichen Städte (Lausanne, Neuenburg, Genf) mehr und mehr. Endlich können wir aufatmen: Die Vorlage wird mit einem Mehr von 23'836 Stimmen – mit 50,3 gegen 49,7 Prozent –

abgelehnt. Dies bei einer Stimmbeteiligung von sage und schreibe 78,7 Prozent. Damit ist einmal mehr bewiesen: Wenn die Bürger merken, dass es bei einer Abstimmung «um die Wurst geht», dann mobilisiert das enorm.

Die «Lehre aus der Übung»: Der aktuelle Rahmenvertrag hätte noch gravierendere Folgen für unser Land als die damalige Abstimmung zum EWR. Es ist unsere Pflicht, der Bevölkerung konkret aufzuzeigen, welche Folgen der Vertrag für unser Land bringt. Wir werden gewinnen, wenn wir den Kampf mit Herzblut und mit Fakten führen. Kämpfen heisst angreifen, die eigene Botschaft durchstossen, die gegnerischen «Argumente» zerpfücken. Etliche Politiker müssen das noch (oder wieder) lernen.

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Samstag, 13. April 2019, 14.00 Uhr

Generalversammlung PIKOM

Öffentliches Referat von Historiker Dr. Jürg Stüssi-Lauterburg
Gasthof zum Schützen, Schachenallee 39, 5000 Aarau

Montag, 15. April 2019, 20.00 Uhr

Podium Eidg. Abstimmung «EU-Waffenrichtlinie»

Veranstalterin: SVP Bezirk Meilen
Pro: Nationalrätin Priska Seiler-Graf (SP/ZH), Nationalrat Beat Flach (GLP/AG)
Contra: Nationalrat Werner Salzmann (SVP/BE), Kantonsrat Hanspeter Amrein (SVP/ZH)
Gasthof Löwen, Seestrasse 595, 8706 Meilen/ZH

Samstag, 4. Mai 2019, 10.30 Uhr

Generalversammlung AUNS

Vorträge zum Rahmenvertrag und zur Neutralität der Schweiz mit alt BR Micheline Calmy-Rey; Monika Rühl, Economiesuisse; alt BR Christoph Blocher; SVP-NR Roger Köppel; FDP-NR Hans-Peter Portmann.
Militärkasernen Bern, Papiermühlestrasse 13, 3014 Bern

Montag, 27. Mai 2019, 19.30 Uhr

«Schweizerzeit»-Frühjahrstagung

Vortrag «Unionsbürgerschaft oder Einwanderungsbeschränkung» von Nationalrat Andreas Glarner
Stiftung zum Glockenhaus, Sihlstrasse 33, 8001 Zürich

Sonntag, 16. Juni 2019, 10.30 Uhr, Festwirtschaft

Säntisblick-Frühschoppen der SVP Weinland

Vortrag von Nationalrat Roger Köppel
Hofbeiz im Nägeli, Familie Wipf, Im Nägeli 2, 8460 Marthalen/ZH

Mittwoch, 3. Juli 2019, 8.00 – 21.30 Uhr

«Schweizerzeit»-Tagesausflug in die Schweizer Geschichte

mit Jürg Stüssi-Lauterburg und Ulrich Schlüer
Schlacht bei Sempach, «Schreckenstag» Nidwalden 1798
ab Carparkplatz Sihlquai beim Hauptbahnhof Zürich

Büchertisch

BESTSELLER



Toni Brunner

Beni Gafner

Bundeshaus-Redaktor Beni Gafner stellt die einzigartige Persönlichkeit von Toni Brunner vor: Seine Schlagfertigkeit, seinen jede Diskussion prägenden Humor, seine Gelassenheit allen Anwürfen gegenüber.

Er schildert den Werdegang des Ausnahme-Politikers, seine Jugend, die gegen alle Prognosen Tatsache gewordene Wahl in den Nationalrat. Toni Brunner hat die SVP zu nie dagewesenen Wahlerfolgen geführt. Ein Buch über die politische Wirklichkeit in der Schweiz, das auch Hinterhaltsschüsse gegen die SVP offenlegt, welche die Schweiz in Atem gehalten haben.

Werd und Weber, Thun/Gwatt 2018, 240 S., geb., reich ill., (Richtpreis Fr. 39.–). Ihr Preis bei «Schweizerzeit»: Fr. 37.05



Feindliche Übernahme

Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht

Thilo Sarrazin

Eine brisante Neuerscheinung – nicht nur für uns «das Buch des Jahres»: Thilo Sarrazin zeigt aufgrund nüchterner

Darstellung von Tatsachen und sorgfältig dokumentierten Erfahrungen mit dem Islam, dass Europa keineswegs mit einem Integrationsproblem konfrontiert ist. Wer solches behauptet, streut den Mitbürgern Sand in die Augen. Thilo Sarrazin argumentiert überzeugend: Europa droht nichts weniger als die «feindliche Übernahme».

Finanzbuch, München 2018, 450 S., geb., (Richtpreis Fr. 37.40) Ihr Preis bei «Schweizerzeit»: Fr. 35.55



«Wenn Deutschland so scheisse ist, warum sind Sie dann hier?»

Ein Strafrichter urteilt

Stephan Zantke

Der Strafrichter als Autor dieses neuen Buches bedient sich genau der Sprache, die ihm von angeblichen Flüchtlingen aus Nordafrika und Nahost, die als Angeklagte aufgrund von Gewalt- und anderen Delikten vor ihm erscheinen müssen, in Form von Beleidigungen in Fäkalsprache laufend an den Kopf geworfen wird. Er spricht ausgesprochen heikle Tatsachen an, die von der sich krebsgeschwürrähnlich ausbreitenden Betreuungsindustrie sorgfältig ausgeblendet werden: Die westeuropäischen Länder werden einerseits hemmungslos beschimpft – aber von ihren Sozialleistungen wollen selbst kriminelle Einwanderer profitieren.

Riva, München 2019, 205 S., geb., (Richtpreis Fr. 22.90) Ihr Preis bei «Schweizerzeit»: Fr. 21.75

AKTUELL



Die geheime Migrationsagenda

Wie elitäre Netzwerke mit Hilfe von EU, UNO, superreichen Stiftungen und NGOs Europa zerstören wollen

Friederike Beck

Migration: Längst ein «Hauptgeschäft» grosser internationaler Organisationen und Körperschaften; genauer: Von weltweit vernetzten Bürokratien von Staaten, der EU, der UNO sowie weltweit agierender NGOs. Deren Ziel, weist die Autorin aufgrund umfassender Recherchen nach, besteht nicht zuletzt darin, Nationalitäten, Nationalstaaten, die Selbstbestimmung von Völkern, also die Demokratie zu beseitigen – auf dass ein Herrschaftsnetz bürokratischer Apparate möglichst weltweit durchgesetzt werden kann. Die Autorin liefert eine wahrhaft brisante Dokumentation mit Ergebnissen und Erkenntnissen, die der Öffentlichkeit – insbesondere den Bürgern und Bürgerinnen der von Migration besonders betroffenen Staaten – nicht vorenthalten werden darf.

Kopp, Rottenburg 2016, 303 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 14.50) Ihr Preis bei «Schweizerzeit»: Fr. 13.80



Bevölkerungsaustausch in Europa

Wie eine globale Elite die Massenmigration nutzt, um die einheimische Bevölkerung zu ersetzen

Hermann H. Mitterer

Auch in der Schweiz sind Versuche im Gang, insbesondere zu Fragen der Masseneinwanderung und der Andockung an internationale Organisationen die Demokratie auszuhebeln. In der EU werden Tendenzen sichtbar, mittels Masseneinwanderung ungeliebte eigene Bürger – vor allem solche, die sich in Parteien organisieren, welche die Brüssel-Orientiertheit ihrer Regierungen immer schärfer kritisieren – politisch radikal auszugrenzen. Man beobachtet auch obrigkeitliche Anstrengungen, mittels geförderter Masseneinwanderung einheimische Bevölkerungen in Minderheiten-Position abzudrängen. Eine brisante Neuerscheinung befasst sich mit solchen Phänomenen und den ihnen zugrunde liegenden Indizien.

Kopp, Rottenburg 2019, 202 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 22.90) Verkaufspreis Fr. 21.75

SCHWEIZ



Die dunkle Seite des Lichts

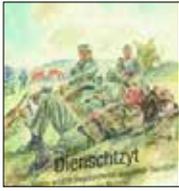
Survival Report

Oskar Freysinger

Das Buch, dem das «Schweizerzeit»-TV-Magazin auf Schweiz 5 am 19. April 2019 gewidmet sein wird. Oskar Freysinger schildert darin, wie er die Intrigen und Tiefschläge erhalten und schliesslich verarbeitet hat, die ihn aus der Regierung des Kantons Wallis verdrängt haben. Was Freysinger erlebt hat, wird in vergleichbarer Perfidie kaum anderen Politikern zuteil – wobei die Medien im «Fall Freysinger» die Rolle stiller oder aber auch schriller Verbündeter der Intriganten übernommen haben. Ein packendes Buch!

Brinkaus, Horw 2018, 370 S., (Richtpreis Fr. 29.–) Ihr Preis bei «Schweizerzeit»: Fr. 27.55

HÖRBUCH



Geschichten in Gsteigwiler Mundart

Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:

Dienschtzyt

Heinz Häsler erzählt Begebenheiten aus seiner Dienstzeit

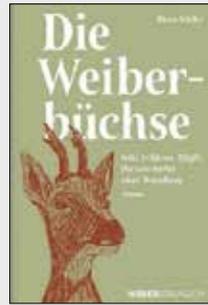
Vom Soldaten bis zum Generalstabschef: So präsentiert sich die stolze Militärkarriere von Heinz Häsler. In einem neuen, in kernigem Gsteigwiler Dialekt vorgetragenen Hörbuch berichtet Heinz Häsler selber von Erlebnissen mit Dienstkameraden, von Ereignissen, die seine Militärdienstzeit auf allen Stufen geprägt haben.

Man lernt als Zuhörer einen Eidgenossen kennen, der sich mit Haut und Haar der Schweizer Armee verschrieben hat. Häsler präsentiert in diesem Hörbuch nicht Armee-Kritik, nicht strategische Überlegungen, keine Gedanken zu Beschaffungen und andere, die Politik bewegende Probleme. Diensterlebnisse, Begegnungen mit Kameraden, erlebte und erfahrene Bereicherung im Dienst fürs Vaterland prägen dieses eindrückliche Hörbuch. Jede Schweizerin, jeder Schweizer – ob sie auf Militärdienstleistung zurückblicken können oder nicht – wird von Häslers Erzählungen aus seiner Dienstzeit beeindruckt sein.

Werd und Weber, Thun/Gwatt, 3 CDs, rund 3 Std.,
(Richtpreis Fr. 29.–). Ihr Preis bei «Schweizerzeit»: Fr. 27.55

Hörbücher: Beste Unterhaltung auf langen Autofahrten – und wirksamste Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN



Die Weiberbüchse

Wild, Wilderer, Pfäffli. Die Geschichte einer Wandlung

Dänu Wisler

Gemäss bernischem Militärgesetz vom 17. Mai 1842 war jeder Schweizer Bürger anlässlich seiner Heirat verpflichtet, sich über den Besitz eines Gewehrs – eben der Weiberbüchse – auszuweisen als Nachweis seiner eigenständigen Handlungsfähigkeit.

Für den Autor Dänu Wisler – heute in der Ostschweiz lebender waschechter Emmentaler – eine Entdeckung, die ihn veranlasste, aus interessanten, originellen, kuriosen und anderen Geschichten aus dem Emmental einen höchst vergnüglichen Roman zu komponieren, in dem ein pazifistischer – deswegen lediglich kärglichen Predigtbesuch erreichender – Pfarrer unversehens der Wilderei verdächtigt wird. Eine Geschichte, die sich aus allerlei Begegnungen mit emmentalischen Geistern, emmentalischen Charakterköpfen und emmentalischen Geheimnissen schliesslich löst. Im Anhang werden einige echt emmentalische Rezepte vermittelt: Attraktiv, längst nicht nur für Köchinnen.

us

Dänu Wisler: «Die Weiberbüchse – Wild, Wilderer, Pfäffli. Die Geschichte einer Wandlung». Roman, Werd & Weber, Thun/Gwatt 2019, 152 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 25.–)
Ihr Preis bei «Schweizerzeit»: Fr. 23.75

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Beni Gafner – Toni Brunner à Fr. 37.05
 Thilo Sarrazin – Feindliche Übernahme à Fr. 35.55
 Stephan Zantke – «Wenn Deutschland ...» à Fr. 21.75

Aktuell

- Friederike Beck – Die geheime Migrations... à Fr. 13.80
 Hermann H. Mitterer – Bevölkerungsaustausch ... à Fr. 21.75

Schweiz

- Oskar Freysinger – Die dunkle Seite des Lichts à Fr. 27.55

Hörbuch

- Heinz Häsler – Dienschtzyt à Fr. 27.55

Buchzeichen

- Dänu Wisler – Die Weiberbüchse à Fr. 23.75

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach

Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(07/12.04.2019)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel-Nr.

Datum

Unterschrift



DIE «SCHWEIZERZEIT» AM FERNSEHEN

Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 12.04.2019	Magazin	EU-Waffenrichtlinie: Muss sich die Schweiz unterwerfen? Ulrich Schlüer im Gespräch mit Werner Gartenmann, Auns, Robin Udry, ProTell, und Marcel Furrer, Polizist
Freitag, 19.04.2019	Magazin	Oskar Freysinger – Die dunkle Seite des Lichts Interview
Freitag, 26.04.2019	Stammtisch-Live	Die Zukunft des Euro – Die Zukunft der EU Mit Peter Boehring, Bundestags-Abgeordneter AfD, und Hans Geiger, em. Professor für Bankenwesen
Freitag, 03.05.2019	Landmann-Talk	Politische Offensive für das Tier Valentin Landmann im Gespräch mit Katharina Büttiker, Präsidentin Animal-Trust, und Barbara Keller-Inhelder, SVP-Nationalrätin

Öffentliche Aufzeichnungen / Live-Sendungen im «Haus der Freiheit», Wintersberg / Ebnet-Kappel

Freitag, 26.04.2019 21.00 Uhr	Stammtisch-Live	Die Zukunft des Euro – die Zukunft der EU Mit Peter Boehring, Bundestags-Abgeordneter AfD, und Hans Geiger, em. Professor für Bankenwesen
Freitag, 26.04.2019 17.00 Uhr	Stammtisch	Schweiz im Wahljahr: Was bewegt? Anian Liebrand im Gespräch mit Beobachtern und Akteuren der Schweizer Politik



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

3. Mai 2019

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

EU-Länder: Volksbank Hochrhein eG,
79798 Jestetten, Konto 13250 00, BLZ 684 922 00

IBAN: DE34 6849 2200 0001 3250 00

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus
Melz, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Auflage gem. WEMF: 12'955 (1. Sept. 2018)

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelwiesstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-tägig

Jahresabonnement: mind. CHF / EUR 80.–

Die Weiberbüchse

Ergötzendes aus dem Emmental

Als Buchzeichen (Seite 23) präsentiert die «Schweizerzeit» heute den soeben erschienenen Roman von Dänu Wisler. Packend schildert dieser auch die innere Wandlung eines städtischen, weitab in die Landschaft regelrecht «verbannten» Pfarrers, der dort die Menschen schliesslich kennen und verstehen lernt. Dazu sagt Dänu Wisler:

«Die Hauptfigur in meinem Roman ist ein Städter, der Pfarrer Max Pfäffli. In seinem Wirkungsort im Emmental erlebt er eine Art Kulturschock. Der Stadt-Land-Konflikt klingt an. Aber eigentlich geht es um Identität.

Ich sehe es so, wie Helmut Kohl einmal gesagt hat: «Wir haben aus der Geschichte insgesamt die Lehre zu ziehen, dass ein Volk seine Identität verliert oder seine Identität nicht finden kann, wenn es seine eigene Geschichte verleugnet.»

Ich persönlich traue niemandem, der meine Identität nicht respektiert. Man stelle sich doch einmal vor, alle Chefs, Pfarrer, Lehrer und Politiker wüssten nicht mehr, wer ihre Leute sind. Und noch schlimmer, sie wüssten nicht, wer sie selber sind und handelten nur noch

aus ihren Komplexen heraus. Identität ist mehr wert als alles Gold auf der Welt und die Grundlage für ein soziales Zusammenleben.

In meinem Buch begegnet Pfäffli in den Personen um ihn herum seiner eigenen Geschichte und seiner Identität. Erst als er das zulässt, beginnt er auch seine Mitmenschen zu verstehen. Erst da setzt sein Erfolg ein. Das ist die Wandlung. Aber eben: Es braucht halt mehr Mut, so zu sein, wie man wirklich ist, als so zu tun, wie die anderen einen haben wollen.»

Und Gölä, auch bernisches Urgestein, sagt zu Dänu Wislers neuem Buch:

«Wisler liebt das Emmental aus tiefstem Herzen! In jeder Zeile spürt man seine Verbundenheit mit diesem Flecken Erde, mit den mystischen Höger und Chräche und mit der urchigen Sprache seiner Bewohner. Sein Erzählstil ist packend, seine Beobachtungsgabe messerscharf».

us

Schluss
Punkt